

wart hinüberzuführen, so wird er nun auch an der Spitze der Reichsleitung die überlieferte monarchisch-konstitutionelle Staatsform mit den Ansprüchen der parlamentarisch bedingten Regierungsweise auszuführen versuchen. Auch im politischen Leben pflegen die Dinge sich nicht, oder doch nur selten, in Extremen zu bewegen, am wenigsten bei uns in Deutschland. Der Himmel wird nicht zur Erde stürzen, wenn fortan wie bisher drei oder vier Parlamentarier, sechs oder sieben in den höchsten Reichs- und Staatsämtern sitzen. Und daß der neue Mann am Staatsruder sich vorher mit den maßgebenden Reichstagsparteien über die Richtlinien seiner Geschäftsführung verständigt hat, kann in Anbetracht der ganzen Zeitumstände auch nur als ein praktischer Weg zur Verhütung weiterer Krisen und Konflikte bezeichnet werden. Als kluger und erfahrener Staatsmann wollte Graf Hertling sich nicht auf Formfragen verheifen, ihm steht die Sache höher als das Festhalten an überlieferten Vorstellungen, und er hat zu sich selbst das Vertrauen, daß er auch unter den veränderten Verhältnissen den Interessen des Vaterlandes unbedingt zu ihrem Rechte verhelfen wird. Ein langes, mit Erfolgen reichbegabtes Leben zeugt in diesem Falle für die Berechtigung eines Selbstvertrauens, von dessen Bewahrung für die Zukunft unseres Volkes viel, sehr viel abhängen wird.

Begrüßen wir den neuen Reichskanzler mit dem aufrichtigen Wunsch, daß seine Kraft und Gesundheit den schweren Anforderungen der ehrenvollen Aufgabe, die er trotz seiner 74 Jahre unerbögten Mutes übernommen hat, noch lange Jahre hindurch gewachsen bleiben möge.

Kaiser Wilhelm und König Ludwig.

Der Entscheidung des Kaisers war vorausgegangen ein Telegrammwechsel zwischen dem Kaiser und dem König Ludwig von Bayern. Der Kaiser machte König Ludwig von Bayern die Mitteilung, daß die Berufung des Grafen Hertling zum Reichskanzleramt beabsichtigt sei und bat den König, seine Zustimmung im Hinblick auf die für das Reich gegebenen Notwendigkeiten zu geben. König Ludwig erteilte diese Zustimmung unter ehrenden Worten für den Grafen und sprach die Hoffnung aus, daß es dem neuen Reichskanzler beschieden sein möge, die großen Aufgaben der Zeit einer glücklichen Lösung zuzuführen, die dem Reich und damit auch den Einzelstaaten eine kraftvolle Entwicklung und eine gesicherte Zukunft gewährleisten.

Der Kaiser an Dr. Michaelis.

(Amtlich.) Berlin, 2. November.

Seine Majestät der Kaiser und König hat an den bisherigen Reichskanzler Dr. Michaelis folgendes Handschreiben gerichtet:

Neues Palais, 1. November 1917.
Mein lieber Dr. Michaelis! Ich habe Mich dem Gewicht der Gründe Ihres Rücktrittsgesuches nicht entziehen können und Ihre Bitte um Enthebung von den Ämtern als Reichskanzler, Präsident des Staatsministeriums und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten durch Erlass vom heutigen Tage ausgesprochen. Mit aufrichtiger Bewunderung habe ich Sie in schwerer Zeit meinem Rufe gefolgt und haben in den höchsten Ämtern des Reiches und Staates dem Vaterlande erspriechliche Dienste geleistet. Ich kann es nicht versagen, Ihnen für Ihre bisherige Treue und unermüdete Arbeit meinen Dank und meine Anerkennung auszusprechen. Als Zeichen meiner Dankbarkeit und Wertschätzung verleihe ich Ihnen die Rette zum Großkreuz des Roten Adlerordens. Die Dekoration folgt anbei. Zudem ich der Hoffnung Ausdruck gebe, daß Sie Ihre bewährte Kraft auch in Zukunft gern in den Dienst des Vaterlandes stellen werden, verbleibe ich Ihr wohl geneigter Kaiser und König
gez. Wilhelm I. R.

Amtlicher Dank an Dr. Michaelis.

Die Nordd. Allg. Zeitung schreibt amtlich: Mitlen in den schwersten Prüfungstagen des deutschen Volkes war Dr. Michaelis als Kanzler des Reiches berufen. Das tiefe und ernste Pflichtgefühl, das den Kern seines Wesens ausmacht, hat ihm die Würde des Amtes übernehmen heißen. Er hat sie getragen mit der ganzen, ihm eigenen Würde, mit heiliger Vaterlandsliebe und der Selbstlosigkeit, die nur ein Ziel kennt: das Glück und die Größe des Reiches. — Eine ehrenvolle Laufbahn lag hinter ihm, seine Leistungen auf dem Gebiete des Ernährungswesens bilden ein Ruhmesblatt in der Geschichte dieses Krieges; sie reihen sich würdig den Taten unserer Feldherren an. — Seine Kanzlerschaft war erfüllt von schweren Kämpfen. Wenn später unbetört durch die Leidenschaften des Tages — die Geschicke dieser Zeiten geschrieben werden wird, dann wird aber auch der Kanzler Michaelis eine gerechtere Beurteilung erfahren. Man wird dann erkennen, daß er es gewesen, der die Klärung grundlegender Zukunftsfragen in die Hand genommen und gefördert hat. — Er hat auch als Kanzler seinem Kaiser und dem Reiche gedient, als ein aufrechter und treuer deutscher Mann.

Allerlei zum Kanzlerwechsel.

A. Berlin, 2. November.

Die vollzogene Ernennung des neuen Kanzlers ist nur als erster Schritt zu den weiteren Umgestaltungen in den obersten Reichs- und Staatsämtern anzusehen. Wahrscheinlich wird die nächste Zeit die weiteren amtlichen Rundgebungen bringen. Reichskanzler Graf Hertling wird dem Vernehmen nach nur bis nächsten Dienstag in Berlin bleiben, um die ersten amtlichen Beziehungen anzuknüpfen und dann nach München zurückzufahren, um dort die mit seinem Ausscheiden aus den bayerischen Ämtern verbundenen Angelegenheiten zu erledigen. Für die Berufung seiner Mitarbeiter soll dem Kanzler völlig freie Hand zustehen, doch ist zu erwarten, daß die bisher in erster Linie genannten Persönlichkeiten im wesentlichen als kommende Männer anzusehen sind. Ob Herr v. Bayer, der fortschrittliche Politiker, als Nachfolger des aus der Bismarckzeit scheidenden Dr. Helfferich in Frage kommt, soll wieder etwas zweifelhaft geworden sein, da mit ihm der dritte Süddeutsche neben dem Grafen Hertling und dem Staatssekretär des Äußeren v. Kühlmann an die Spitze der Staatsgeschäfte treten würde. Diefes Bedenken soll von einigen Seiten laut geworden sein. Für das Bismarckamt nennt man deshalb auch den der Fortschrittspartei angehörenden Geheimrat Dove, der zunächst als demnächstiger preußischer Handelsminister erwähnt wurde. Sicher soll die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten im preußischen Landtag Geheimrat Dr. Friedberg zum stellvertretenden preußischen Ministerpräsidenten sein. Der jetzige Chef der Reichskanzlei Herr v. Gräpenitz, dürfte einem noch nicht näher bestimmten Ersatzmann Platz machen,

während der bisherige Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums, Herr v. Breitenbach sein Amt als Eisenbahnminister behalten wird. Ebenso wird Staatsminister v. Baldow an der Spitze des Ernährungsamtes verbleiben.

Mit der sozialdemokratischen Partei wurde ebenfalls über die Entsendung eines Vertrauensmannes in die Regierung verhandelt, die Partei hat sich dazu aber nicht entschließen können. Sie wird nicht in Oppositionsstellung zur Regierung Stellung treten, sondern hat sich für die Politik des Abwartens entschieden. Von konventionellen Politikern dürfte auch kein Mitglied an der Regierung teilnehmen. Mitte November soll der Reichstag wiederberufen werden. — Graf Hertling suchte heute morgen den Generalfeldmarschall v. Hindenburg auf, der jedoch in Berlin eingetroffen ist; auch bei seinem Vorgänger Dr. Michaelis hatte der neue Kanzler einen Besuch ab.

Graf Hertlings Nachfolge in der bayerischen Ministerpräsidentschaft soll der Staatsrat v. Dandl antreten. Man sagt ihm große geschäftliche und politische Erfahrungen nach.

Der Kaiser an den Reichstagspräsidenten.

Berlin, 2. November.

Der Kaiser hat auf die Depesche, die der Reichstagspräsident anlässlich des großen Sieges in Italien an ihn gerichtet hat, folgendes erwidert:

„Ich danke herzlich für die Glückwünsche, die Sie Mir im Namen des Reichstags zu dem überwältigenden Erfolge dargebracht haben, den unsere tapferen Truppen, Schulter an Schulter mit den Armeen des engverbündeten Österreich-Ungarn, in glänzenden Siegeszügen erfochten haben. Bewundernd und dankbar stehen wir vor dem Cyfermut, der Ausdauer und der alles überwindenden Tapferkeit unserer Brüder im Felde, die nicht nur die Heimat mit ihrer Brust vor einer Welt von Feinden schützten, sondern in fühnem Vorgehen in Nord und Süd ihre sieggewohnten Waffen in das Land des Feindes trugen. Möchten sie ein leuchtendes Beispiel sein für alle in der Heimat und eine erste Mahnung, nicht zurückzusehen an glühender Vaterlandsliebe und alles tragendem Cyfermut. Möchte das Volk dahem und seine Vertretung den Brüdern im Felde seinen Dank darbringen durch gleichen Cyfermut und jene feste innere Einigkeit und Geschlossenheit, die den Kämpfern draußen den schönsten Lohn, den Feinden aber die Gewißheit bringt, daß Deutschlands Kraft auf keine Weise zu brechen ist. Dann wird uns Gott den endgültigen Sieg schenken und unser teures Vaterland durch Kampf und Not zum ehrenvollen Frieden führen. Wilhelm I. R.

Graf Hertlings Lebensgang.

Georg Graf Hertling wurde geboren am 31. August 1848 in Darmstadt, studierte in München, Würzburg und Berlin, nahm 1867 in Bonn als Privatdozent Aufenhalt und wurde 1880 zum außerordentlichen Professor ernannt. 1882 erhielt er einen Ruf als ordentlicher Professor der Philosophie an die Universität München. 1875 wurde er in den deutschen Reichstag gewählt und blieb bald in der Fraktion zu einem der ersten Vorführer und Leiter der Zentrumspartei auf. Besonders in sozialen Fragen war sein Einfluß maßgebend. 1878 wurde er zum Präsidenten der von ihm begründeten Völkervereinigung gewählt. 1894 erhielt er die Würde eines päpstlichen Kammerers. Als philosophischer Schriftsteller entfaltete er eine reiche und fruchtbare Tätigkeit. Die Zentrumspartei hatte ihn zum Vorstehenden gewählt, auch war er in den bayerischen Reichsrat berufen. Sein Reichstagsmandat, in dem er nacheinander die Wahlkreise Koblenz-St. Goar, Alzei und Wiesbaden-Corfeld vertreten hatte, legte er infolge der Ernennung zum Königlich bayerischen Staatsminister, Minister des Königl. Hauses und des Äußeren am 13. Februar 1912 nieder. Zugleich übernahm er als Nachfolger Bodelschwils die Ministerpräsidentschaft. Sein Reichstagsmandat in Bonn des Zentrums wurde Peter Spahn, König Ludwig von Bayern verlieh, nachdem am 5. November 1913 in Bayern der Übergang von der Regentenschaft vollzogen war und König Ludwig die Krone übernommen hatte, dem Freiherren v. Hertling den Grafentitel.

Vom Tage.

Die Präsidentenwahlen finanziert werden.

Der Vertreter einer neutralen Macht hat im vertraulichen Kreise anderen neutralen Diplomaten erklärt, daß Wilson dem Bankbaule Morgan nach der Kriegserklärung die Kosten für seine Wahl geschuldet habe, und daß diese große Schuld in Rüstungswerten gedeckt worden sei. Es heißt, daß heute noch bestimmte Firmen große Summen auf das Bankkonto Wilson einzahlen. Noch interessanter ist die Tatsache, daß ein Wilson bekannter Börsebankmann eine Spekulation von 20 Millionen Dollar unternommen konnte auf Grund der Friedensnote Wilsons an die kriegsführenden Staaten. — Nun begreift man erst die so oft angezeigte Uneigennützigkeit des Präsidenten. Der andauernde Kriegsgewinn war der Preis, den Wilson seinen Wahlmännern versprochen hatte, und den das amerikanische Volk jetzt bezahlen muß.

Die Niederlage als Friedenshoffnung.

Wie der Kriegsberichterstatter der Neuen Freien Presse" meldet, bestärken die italienischen Gefangenen, daß es im ganzen Lande gärt. Aber nicht Hunger ist die Ursache der Unruhen und Erregte in Turin, sondern die immer stürmischer werdende Friedenssehnsucht. Die Offiziere äußern sich zurückhaltender, doch empfinden alle Offiziere und Soldaten die Niederlage der italienischen Armee im Grunde nicht als Bedrohung und Vernichtung ihres Vaterlandes, sondern als Anfang vom Kriegsende und als neue Friedenshoffnung. Das ist das kriegsbegehrte Heer, von dem noch kürzlich die Minister in der italienischen Kammer zu reden wagten, in demselben Augenblick als der Vorstoß von Triest und Tolmeina losbrach.

Der gewissenhafte Wilson.

Präsident Wilson hat nach verschiedenen amerikanischen Blättermeldungen den Auftrag gegeben, Nachrichten aus erster Hand zu sammeln, damit er sich ein Bild von der öffentlichen Meinung in allen Ländern Europas über die Friedens- und Kriegsfrage und über die Kriegsziele bilden könne. — Damit wird die in Deutschland längst bekannte Tatsache bestätigt, daß der Vizepräsident in Washington keine Abzehrung von europäischen Dingen hat.

Nur der Sieg führt zum Frieden.

Der ehemalige Minister des Innern Miluskow, der ein überzeugter Anhänger Englands ist und sich einen Namen durch seine Siegesversprechungen an das russische Volk gemacht hat, ist seiner Rolle treu geblieben. Auf dem russischen Vorparlament erklärte er, nur der Sieg könne

zum Frieden führen. Alle, die anders reden, vertreten lediglich die Interessen Deutschlands. Die Manneswürde im Heere müsse wiederhergestellt und der Berrückung im Lande ein Ende gemacht werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* An zuständiger Stelle wird eine Neuregelung der Ergänzungsgebühr für D- und C-Züge erwogen. Die seit dem 18. Oktober auf den deutschen Eisenbahnen geltende Ergänzungsrate hat durch die Absaffung von 10 zu 10 Mark zu vielen Härten geführt. Diese Ratten, die bei kleinen Preisunterchieden der Fahrarten unter Umständen um 10 Mark teure Ergänzungsarten erfordern, sollen infolge einer Anregung der kaiserlichen Regierung gemildert werden. Wie verlautet, soll diese Frage in einer der nächsten Sitzungen im preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten erörtert werden.

* Die Ergänzung des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen, das jetzt im Reichsanzeiger veröffentlicht wird, bestimmt, daß Unternehmungen, die der Förderung des Grundkredits durch Übernahme des Hypothekenschutzes dienen, von der behördlichen Aufsicht befreit sind. Das neue Gesetz will Schwierigkeiten, die der Erreichung und Bestätigung sogenannter Hypothekenschutzbanken bei ihrer Unterstellung unter die Versicherungsaufsicht drohten, beseitigen und für ihre ungehemmte Entwicklung als erfolgverheißende Veranstaltung der Selbsthilfe die Bahn frei machen.

Schweden.

* Die schwedische Ausfuhr von Eisenerz nach Deutschland soll demnächst durch ein Abkommen der Regierungen in London und Stockholm geregelt werden. In Stockholm heißt es, England werde vermutlich in Zukunft die Hälfte des früher nach Deutschland ausgeführten Eisenerzes ankaufen. England hat sich zu diesem Schritt entschlossen in der Hoffnung, damit der deutschen Industrie Abbruch zu tun, da diese besondere Maschinen braucht, um das schwedische Erz zu verarbeiten, und für andere Sorten Erz andere Maschinen brauchen wird. — Es verlautet ferner, daß zwischen England und Schweden ein Abkommen getroffen ist bezüglich der Verwendung des schwedischen Schiffsraumes teilweise für die Alliierten, teilweise für Schweden.

Rußland.

* Der Abbruch der russisch-finnischen Verhandlungen über die neue finnische Regierungsform kam in Helsinki nicht überraschend. Der finnische Ausschuss für die Staatsgrundgesetze hat die Ausarbeitung des Gesetzentwurfes über die neue politische Ordnung beendet. Dieser bestimmt u. a., daß vom Augenblick der Veröffentlichung dieses Gesetzes, mit der es zugleich in Kraft tritt, der Senat alsbald Maßnahmen zur Wahl des Präsidenten der finnischen Republik treffen wird. Wahrscheinlich wird der Professor des Senatspräsident der Republik Finnland werden.

Großbritannien.

* Die Pariser Alliiertenkonferenz wird nach einer Erklärung Bonar Law in Unterhause die Aufgabe haben, über die allgemeine Kriegslage zu beraten und Maßregeln für die weitere Zusammenarbeit der Alliierten zu treffen. Auf den Einwand, daß Herenski gesagt habe, die russischen Delegierten würden sich bemühen, eine Einigung über die Kriegsziele zu erreichen, erwiderte Bonar Law, daß dafür noch eine zweite Konferenz veranstaltet werden würde.

Türkei.

* In Konstantinopel wurde das Parlament in feierlicher Weise eröffnet. Der Sultan war in Feldmarschallsuniform erschienen. Großwesir Talaat Pascha verlas die Thronrede. Die Stelle betreffend die Siege über die Engländer bei Gasa, ferner die Stelle, an der der Sultan die Hoffnung ausspricht, daß die tapferen osmanischen Armeen den Feind in Mesopotamien und an der Kaukasusfront über die Grenze zurückjagen werden, sowie die Stellen betreffend den Besuch des Deutschen Kaisers und bezüglich Persiens wurden von den Mitgliedern des Parlamentes mit lebhaftem Beifall beglückwünscht.

China.

* Der Bürgerkrieg in China macht schnelle Fortschritte. Englische Blätter berichten, daß die Streitkräfte der Unabhängigen in der Provinz Hunan mit Hilfe großer Verstärkung aus Kwangtung und Kwangsi Heimschau erobert haben. Verschiedene Provinzialgouverneure und der englische Gesandte in Peking rieten vergeblich dem Premierminister Liangschun, sich mit den Unabhängigen zu vergleichen. Es wurden statt dessen noch mehr Truppen aus dem Norden nach Hunan geschickt. „Morning Post“ meint, daß eine Trennung von Nord- und Süchina unausbleiblich sei.

Russ In- und Ausland.

Warschau, 2. Nov. Das hiesige Justizdepartement hat allen Gerichtsbehörden mitgeteilt, daß sie sich im amtlichen Verkehr der polnischen Sprache bedienen dürfen.

Kopenhagen, 2. Nov. Staatssekretär Rasmussen veröffentlicht neue Durburg-Telegramme, in denen der deutsche Gesandte von der südamerikanischen Bevölkerung als von Indianern mit einem leichten Fähris forcht und U-Boote nach Südamerika verlangt.

Sankt Petersburg, 2. Nov. „Manchester Guardian“ meldet drei neue Eisenbahnerstreiks, die unabhängig von den Gesellschaften an verschiedenen Stellen in Reparaturwerkstätten ausgedröhen sind.

Amsterdam, 2. Nov. Die Blätter melden aus England, in Dublin seien zehn Mitglieder der Sinnfein-Partei verhaftet worden, die an gesetzlich verbotenen militärischen Übungen teilgenommen und 1000 Mann militärisch ausgebildet hätten.

Berlin, 2. Nov. Generalfeldmarschall v. Hindenburg machte in einem Telegramm dem Kaiser Meldung von dem Siege am Tagliamento. Der Kaiser dankte in einem kurzen Antworttelegramm.

Wien, 2. Nov. Grabs ist von der österreichischen Marine besetzt worden. Die Besatzung begrüßte die Truppen mit Jubel und Sidengesang.

Rotterdam, 2. Nov. Englische Flieger warfen dem Neuen Rotterdamschen Courant“ zufolge auf Antwerpen Bomben, die schweren Sachschaden anrichteten.

Basel, 2. Nov. Das in die Gefangenschaft gerückte Benedig wurde als offene Stadt erklärt, um die unerschlichen Kunstschätze der Stadt in allen Fällen vor der Vernichtung zu bewahren.